

Herrn Bundesminister
Dr. Robert Habeck
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Hagen, 29. März 2022

Dramatische Kostensituation der Zulieferindustrie / Auswirkungen der Ukraine-Invasion

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Habeck,

wir haben Sie zuletzt im Januar 2022 angeschrieben und bereits vor dem Hintergrund der extremen Energiepreissteigerungen im dritten Quartal des vergangenen Jahres um Ihre Hilfe gebeten. Die Situation für unsere überwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen hat sich durch die Auswirkungen der Ukraine-Invasion noch einmal drastisch verschärft und inzwischen unmittelbar existenzbedrohende Ausmaße erreicht (Details siehe Anlage):

- Historisch hohe Energiepreise führen zu Verlusten – Ausfälle zeichnen sich ab
- Versorgungsengpässe und Energiekosten machen Vormaterial immer teurer
- Lieferantenausfälle im Kriegsgebiet führen zu Kundenstillständen

Diese akut existenziell bedrohlichen Marktentwicklungen treffen unsere Unternehmen mitten in der bisher größten industriellen Transformation (Mobilitätswende, Klimawende und Digitalisierung). Dieser Transformationsprozess erfordert hohe Investitionen in Innovation und Anlagentechnik und erfordern unabdingbar starke finanzielle Ressourcen.

Die energieintensive stahl- und metallverarbeitende Industrie hat in den zurückliegenden Krisen Ihre besondere Innovationskraft und Resilienz sowie ihre hohe soziale Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und der Gesellschaft unter Beweis gestellt. Sie trägt die deutschen und europäischen Klimaschutzziele aus dieser Verantwortung heraus mit. Die aktuelle Kostenkrise übersteigt jedoch deutlich die Fähigkeiten der überwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen diese Aufgaben umzusetzen. Sie, als verantwortlicher Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, können durch Ihr Handeln den begonnenen Transformationsprozess in dieser schwierigen Zeit aufrechterhalten und den Unternehmen die dafür notwendige Stabilität geben.

Wir begrüßen Ihre aktuellen Bemühungen um alternative Gasbezugsquellen sehr. Es ist aber absehbar, dass diese nicht kurzfristig einen Bezugsstopp aus Russland kompensieren können. Unsere Bitte ist daher, weiterhin entschieden den Forderungen nach einem Energieembargo entgegenzutreten und konsequent Alternativen aufzubauen, die ermöglichen, die Abhängigkeit von russischen Lieferungen zu reduzieren. Sanktionen auf Kosten der eigenen Wirtschaft und Bevölkerung sind nicht zielführend!

Industrieverband Massivumformung e. V. (IMU) www.massivumformung.de
Industrieverband Blechumformung e. V. (IBU) www.industrieverband-blechumformung.de
Deutscher Schraubenverband e. V. (DSV) www.schraubenverband.de
Fachvereinigung Kaltwalzwerke e. V. (FVK) www.fv-kaltwalzwerke.de

Goldene Pforte 1 – 58093 Hagen – fon: +49 2331 9588-0
E-Mail: info@massivumformung.de

Weitere kurzfristige und entschlossene Maßnahmen können die existenzbedrohende Situation für die deutsche Zulieferindustrie zumindest mildern und damit den Fortbestand ermöglichen – das REPowerEU Programm der Europäischen Kommission erlaubt es, solche Schritte zeitnah umzusetzen:

- Verbindliche Abschaffung der EEG-Umlage ohne Haushaltsvorbehalt und neue bürokratische Hürden
- Temporäre Aussetzung des nationalen CO₂-Preises und Reduzierung aller Energiesteuern auf die europäischen Mindestsätze
- Auflösung der Merit-Order Systematik, die Atom- und Kohlekraftwerke subventioniert (Windfall-Profite) oder zumindest Besteuerung der Windfall-Profite und Nutzung zur Entlastung der Verbraucher

Auf EU-Ebene bitten wir Sie zudem die folgenden Forderungen zu unterstützen, um die verarbeitende Industrie nicht zugunsten der Vormaterialhersteller zu benachteiligen:

- Aufheben der EU-Safeguards für Stahl und Aluminium
- Berücksichtigung nicht nur der Stahlerzeuger (ca. 72.000 Beschäftigte in Deutschland) sondern auch der stahl- und metallverarbeitenden Industrie (ca. 432.000 Beschäftigte) bei der Gestaltung des europäischen Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)

Sehr geehrter Herr Dr. Habeck, wir bitten Sie schnellstmöglich eine Entspannung der Lage herbeizuführen. Die Situation erlaubt kein Abwarten, sondern erfordert beherztes Handeln!

Wir bitten Sie dringend um Unterstützung dieser Ansätze und um eine konstruktive Aufnahme unserer Forderungen.

Auf Ihre Rückmeldung freuen wir uns.

 Wal. Kuhl B. Jacobs 

Anlage Kosteneffekte zum Verbände-Schreiben vom 29. März 2022

- **Historisch hohe Energiepreise führen zu Verlusten – Ausfälle drohen**

Die Unternehmen der Zulieferindustrie sind mit historisch hohen Energiepreisen konfrontiert, deren Weitergabe in der Lieferkette nicht akzeptiert wird. Dies wird durch die Erhöhung der CO₂-Steuer zu Jahresanfang noch weiter verschärft und trifft uns als energieintensive stahl- und metallverarbeitende Industrien in besonderem Maße. Forderungen nach einem Energieembargo gegenüber Russland führen zu weiteren – zum Teil spekulativ begründeten – Preiserhöhungen und schüren die Befürchtung von Versorgungsstopps.

Die Arbeitspreise haben sich für Strom seit Anfang 2021 mittlerweile versechsfacht, bei Gas mehr als vervierfacht. Die Energiekosten für die Betriebe haben sich dadurch verdoppelt bis verdreifacht. Bei einem früheren Energiekostenanteil von 3-5% zum Umsatz bedeutet dies zusätzliche Kosten von 6 bis 15% zum Umsatz – bei einer früheren durchschnittlichen Gewinnmarge von 2-3%.

Elektrischer Strom

Preise in Cent/KWh Jahr	Arbeitspreis	Netzentgelt	Umlagen/Steuer	Summe	Preis-erhöhung
2021	4,8	4,0	8,838	17,638	
2022	30,0	4,4	2,884	37,284	111%

Erdgas

Preise in Cent/KWh Jahr	Arbeitspreis	Netzentgelt	Steuer, CO ₂	Summe	Preis-erhöhung
2021	1,8	0,8	1,01	3,61	
2022	8,2	0,8	1,1	10,1	180%

- **Versorgungsengpässe und Energiekosten machen Vormaterial immer teurer**
Die zu Jahresanfang bereits auf breiter Linie erhöhten Stahlpreise werden aktuell erneut angehoben. Auf Kundenseite findet auch dies keine hohe Akzeptanz, so dass die Zulieferer auch auf diesen Kosten weitestgehend „sitzenbleiben“. Ursache ist die Verknappung von Lieferungen an Stahl und auch Aluminium aus Russland, Weißrussland und der Ukraine und die kritische Energiekostensituation, die auch die europäischen Stahlwerke trifft. Auch hier drohen Versorgungsengpässe und damit Produktionsausfälle in der Zulieferindustrie.

Bereits im Februar 2022 lagen die Erzeugerpreise vieler Stahl- und Aluminiumprodukte 50% über dem Vorjahresniveau, bei legiertem Material sind Preisanstiege von 80% zu verzeichnen. Die Situation hat sich im März aufgrund der Lieferausfälle aus dem Kriegsgebiet weiter zugespitzt haben. Aktuell erreichen unsere Mitglieder Schreiben von Stahlwerken mit Forderungen von Aufschlägen von nochmals 10-15% für bereits vereinbarte Liefermengen. Bei vorherigen Materialkostenanteilen von 40 bis 60% ist die Auswirkung fatal.

- **Lieferantenausfälle im Kriegsgebiet führen zu Kundenstillständen**

Ausfälle von einzelnen russischen oder ukrainischen Lieferanten in der global vernetzten Lieferkette führen zu Produktionsstillständen oder -einschränkungen auf Seiten unserer Hauptkunden in den Segmenten Automotive und Maschinenbau. Damit geht jede Planungssicherheit verloren und die Kosten steigen durch die erzwungene Flexibilität bei den Zulieferern nochmals deutlich.